

KUNDMACHUNG

Am Montag, den 08.02.2010 fand um 20.00 Uhr eine Gemeinderatssitzung statt.

Tagesordnung

1. Beratung und Beschlussfassung bzw. Stellungnahme zur Änderung des Voranschlages für das Jahr 2010.
2. Beratung und Beschlussfassung bzw. Stellungnahme zu der vom Bürgermeister vorgelegten Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009.
3. Allfälliges:

Erledigung

1. In der Sitzung am 22.12.2009 wurde das Budget für das Jahr 2010 beschlossen. Nach der Vorlage an die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck hat diese mitgeteilt, dass der Kontokorrentkredit nicht im Voranschlag aufgenommen werden darf. Daher wurde das Budget abgeändert und dem Gemeinderat neuerlich vorgelegt. Im außerordentlichen Haushalt sind lt. geändertem Voranschlag Einnahmen und Ausgaben in Höhe von €635.000,-- geplant. Der Gemeinderat nimmt den neuen Budgetentwurf vollinhaltlich zur Kenntnis und beschließt diesen einstimmig.
2. Der Bürgermeister hat die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 vorgelegt. Die Jahresrechnung weist im ordentlichen Haushalt Einnahmen in Höhe von €1.685.980,55 und Ausgaben in Höhe von €1.604.155,66 auf. Es ergibt sich somit ein Überschuss in Höhe von €81.824,89. Im außerordentlichen Haushalt scheinen Einnahmen in Höhe von €677.943,02 und Ausgaben in Höhe von €1.047.211,86 auf. Im außerordentlichen Haushalt ergibt sich somit ein Abgang von €369.268,84.
Die größten Ausgaben im Jahre 2009 waren:
Schülertransporte € 38.758,32; Beiträge für Schulen € 83.702,24 (VS St. Jodok Betriebsbeitrag € 7.226,52; Investitionsbeitrag VS St. Jodok € 1.395,16; HS Gries Betriebsbeitrag € 53.811,27; Sonderschule Betriebsbeitrag €5.796,--, Polytechnischer

Lehrgang Betriebsbeitrag € 3.388,--; Leasingrate € 6.477,30; Kindergarten St. Jodok Betriebsbeitrag €5.607,99); Beitrag an die Landesmusikschule €22.643,59; Zuschuss zur Kirchenrenovierung St. Jodok €5.000,--; Beiträge für Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt €83.979 (davon Sozialhilfebeitrag €11.716,--; Familienpflegezuschuss €8.938,--; privatrechtliche Sozialhilfe € 20.485,--; Behindertenbeitrag € 34.612,--; Jugendwohlfahrtsbeitrag € 8.228,--), Kostenanteil Heimkosten € 12.763,50; Investitionsbeitrag Annaheim €8.976,--; Sanitätssprengelbeitrag €9.311,40; Beiträge an den Rettungsdienst € 8.280,15; Bezirkskrankenhaus Hall € 13.023,60; Sonderfinanzierungsbeitrag Bezirkskrankenhaus € 4.862,70; Landeskrankenanstalten €86.643,60; Sanierung Siedlungsweg € 218.362,91; Investitionsbeitrag Errichtung Parkanlage Steinach € 34,322,59; Investitionsbeitrag Lawinenverbauungen €27.913,45; Investitionsbeitrag Bachverbauung € 30.213,08; Schuldendienst € 216.415,72 (davon Tilgung € 133.402,84 und Zinsen € 83.012,88); Beitrag Verbandskanal € 62.776,72 (davon Betriebsbeitrag € 39.233,08; Schuldendienstbeitrag € 10.666,73; Investitionsbeitrag € 12.876,91); Müllabfuhr € 17.914,98; Landesumlage €9.498,--; Errichtung Kunstrasenplatz und Kabinengebäude Endabrechnung €40.253,02; Errichtung Mehrzweckhaus €1.006.958,84.

Die Jahresrechnung wird vom Kassier erläutert und anschließend übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an seinen Stellvertreter und verlässt das Sitzungszimmer. Der Gemeinderat erhält nun die Möglichkeit zur Jahresrechnung Stellung zu nehmen. Nachdem alle Fragen beantwortet sind erklärt der Obmann des Überprüfungsausschusses, dass die Jahresrechnung am 02.02.2010 vorgeprüft wurde. Es konnten keine Unstimmigkeiten festgestellt werden.

Der Bürgermeisterstellvertreter stellt daher den Antrag die vorgelegte Jahresrechnung zu genehmigen und dem Rechnungsleger die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

3. Allfälliges:

- a) Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat, dass der Silo mit dem Streusalz leer war und wieder aufgefüllt werden musste. Es ist geplant, dass die Gemeindearbeiter im Bereich des Kieslagers in der Leite eine Möglichkeit zur Salzlagerung schaffen, damit ein Nachfüllen des Streugerätes möglich ist. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.
- b) Gogl Franz fragt an ob es möglich ist im Bereich des Broatelerweges eine Kiste für Streugut aufzustellen. In der Beratung über diesen Antrag stellt sich heraus, dass die Streuung höchstwahrscheinlich eine Angelegenheit der Öst. Bundesbahnen darstellt. Der Bürgermeister wird sich daher mit Herrn Gredler von den ÖBB in Verbindung setzen.
- c) Leitner Martin bringt vor, dass beim Zaun unterhalb der ehemaligen Zollhäuser 2 Bretter beschädigt wurden zu erneuern sind. Der Bürgermeister wird dies in Auftrag geben.

- d) Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat, dass immer wieder Beschwerden über die Hunde in den ehemaligen Zollhäusern einlagen. Dies sowohl über die Anzahl der Tiere als auch über das frei umherlaufen und nicht entfernen von Hundedreck. Er wird sich informieren, welche Möglichkeiten die Gemeinde hat diesen Umständen entgegenzuwirken.

Der Bürgermeister

Angeschlagen am: 10.02.2010

Abgenommen am: